

Scheitern an der nahöstlichen Logik

von Reiner Bernstein¹

Fast ungestört ist es der israelischen Politik gelungen, sämtliche Bemühungen zugunsten des nationalen Ausgleichs mit dem palästinensischen Volk ad absurdum zu führen. Die Vorschläge für eine Zwei-Staaten-Lösung in welchem politisch-territorialen Format auch immer – ob entlang der Clinton-Parameter vom Dezember 2000, der Arabischen Friedensinitiative vom Mai 2002, der „Road Map“ des Nahost-Quartetts vom Mai 2003, der Genfer Initiative vom Dezember 2003 sowie der zahlreichen internationalen Resolutionen und Erklärungen – sind nicht mehr das Papier wert, auf dem sie niedergeschrieben worden sind. In Berlin, in London, in Paris und in Madrid wird nicht verborgen geblieben sein, dass auf dem Feld des israelisch-palästinensischen Konflikts die Kluft zwischen offizieller Politik und öffentlicher Meinung in Europa über alle Partei- und Mediengrenzen hinweg dramatische Ausmaße angenommen hat. Entgegen allen anderslautenden Einschätzungen gilt sich für die USA ebenso.

Mit dem Ableben der Zwei-Staaten-Lösung haben sich auch alle Erwartungen erledigt, die sich der Illusion eines Endes der jahrzehntealten Konfrontation mit dem Ziel individueller Würde und nationalem Respekt hingaben. Zu ihnen gehört zumindest gegenwärtig die Vorstellung eines gemeinsamen, wenngleich keineswegs spannungsfreien Staates zwischen Mittelmeer und Jordan, ganz zu schweigen von föderativen oder konföderativen Modellen. Der von Shimon Peres einst beschworene neue Nahe Osten, in dem Israel seine wirtschaftlichen und technologischen Potentiale zugunsten von Kooperationsmodellen ausspielen kann,

¹ Abgeschlossen nach Gesprächen und Eindrücken in Israel, den palästinensischen Gebieten und in Ägypten im Mai 2012.

war von vornherein chancenlos. Denn an den asymmetrischen Voraussetzungen und Bedingungen in Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und in den Einkommensverhältnissen würden sie auf lange Zeit nichts ändern. Ausgehend von der „one man – one vote“-Systematik steht nichts anderes als ein Identitätskonflikt zu erwarten.

„Wir sind die wahren Soldaten Gottes“²

Statt das Zusammenwachsen mit den arabischen Nachbarn zu suchen, hat sich der Staat Israel für die Rolle als bleibender Fremdkörper in der Region entschieden. Selbst ein flüchtiger Blick in die Annalen seit 1948 kommt um das Fazit nicht herum, dass von David Ben-Gurion bis Benjamin Netanjahu die Chancen regelrecht torpediert worden sind, Teil des Nahen Ostens zu werden – nicht im Sinne des Verzichts auf eigene kulturelle und religiöse Traditionen, sondern auf der Basis nationaler Ebenbürtigkeit. Gemeint sind die Warnungen wie die von Asher Ginsburg („Achad Haam“), Hans Kohn, Akiva Ernst Simon, Gustav Landauer, Arthur Ruppin, Robert Weltsch und Judah L. Magnes.

Für den deutschsprachigen Zionismus hat Martin Buber 1929 in seiner Rede die unnachahmliche Warnung formuliert: *„Die Lehmhütten der Fellachendörfer sind aus diesem Boden geschossen, die Häuser von Tel Awiw sind ihm aufgesteckt.“* War die Erneuerung der praktischen „Erlösung des Bodens“, mit der A.D. Gordon vor allem der Kibbuz- und Moshaw-Bewegung das weltanschauliche Gerüst verlieh, so hat sie nach 1967 als religiöse Textatur eine Umwidmung erfahren. Ihren Ausdruck findet sie in Debatten um den „jüdischen Staat“ – nicht als ein demographisches

² So Rabbiner Moshe Sternbach („Mosche Schternbach“), Leiter der „ultraorthodoxen Gemeinschaft“ („Eda Haredit“), zit. von Hans-Christian Rößler in der FAZ 05.07.2012, S. 3. Zur Bedeutung des Namens: „... und sich fürchtet vor meinem Wort“.

Ziel, sondern als ein Angriff gegen den säkularen Zionismus. „Jeder Mensch mit bösen Gedanken über die Yeshiva-Schüler ist ein Schurke und ein Häretiker, wenn er sie als Parasiten bezeichnet. Ihre Ermordung ist gestattet“, hat 2003 der frühere Oberrabbiner Israels und spätere spirituelle Mentor der Partei der Sefardischen Thorawächter („Shas“) Ovadia Yosef betont. Die Fortsetzung findet gegenwärtig in den Wortgefechten um den Wehr- oder Zivildienst ultraorthodoxer Juden statt: Zionismus und Säkularismus sei ein Widerspruch in sich.

Da die Regierung in Jerusalem Anfang Juni 2012 beim Internationalen Währungsfonds einen Kredit zur Verhinderung des Haushaltsbankrotts in Ramallah beantragte, hat sie zudem die These bestätigt, wonach die Westbank zu ihrem Souveränitätsglaci gehört und die Autonomiebehörde kaum mehr als eine Administration für Angelegenheiten des Alltags taugen soll. Dass für die Siedler in der Westbank gesonderte Straßen angelegt sind, dass die „Trennungsmauern“ vielfach Palästinenser von Palästinensern trennen und dass auf Straßenschildern mutwillig die arabischen Namen durchgestrichen sind, unterstreicht einmal mehr die Auffassung, dass es sich bei ihnen um eine „non-entity“, um ein Volk ohne nationale Rechte handelt. Die Palästinenser interessieren uns nur, wenn sie Probleme machen, lautet eine übliche rhetorische Wendung.

Unter Palästinensern wächst die Auffassung, dass die Grundsatzfrage nach der Entstehung des Staates Israel als ein internationales Komplott gegen die arabische Gemeinschaft, die „Umma“, gestellt werden müsse. Für sie geht es nicht länger um politisch korrigierbare Kollateralschäden der israelischen Präsenz in Palästina mit regelmäßigen Verletzungen grundlegender Menschenrechte, zu der sich auch die palästinensische Führung als Instrument zur Wahrung ihrer Privilegien hat hinreißen lassen. Da die arabischen Aufstände gegen die herrschsüchtigen Potentaten in der

arabischen Nachbarschaft keinen palästinensischen Frühling nach sich gezogen haben, dürfte Israel die Abschottung nach außen mit der Richtungsentscheidung eines forcierten Abschieds von demokratischen Grundrechten nach innen verbinden. Aus eigener Kraft sind die Palästinenser nicht zum politischen Befreiungsschlag fähig. Doch *„Wir werden auf diesem Land stehen wie alte Eichen. Wir werden hier stehen, verwachsen wie unsere Olivenbäume!“*, so Machmud Abbas am 15. Mai 2012 aus Anlass des 64. Jahrtages der palästinensischen Katastrophe („Nakba“).

„Es gibt nichts in diesem Konflikt, dessen Lösung wir nicht kennen“
(Gershon Baskin)³

Die epochale Verkennung der internationalen Staatengemeinschaft liegt in der Missdeutung des tiefgreifenden Spannungsverhältnisses zwischen einem von Menschenhand geschaffenen Frieden als Ergebnis von Verhandlungen und dem Glauben an den Gottes Friede, dem ein höherer Rang zugesprochen wird als alle menschliche Vernunft. In der parlamentsfreien Zone macht sich der Umbruch in einer Paarung von Nationalismus und Heilsprognose bemerkbar. Wie auf palästinensischer Seite (hier unter den Bedingungen der Okkupation) ist die Grüne Linie – der Grenzverlauf des Waffenstillstandsvertrages mit Jordanien vom Frühjahr 1949 – aus Landkarten und Schulbüchern getilgt worden. Das religiöse Paradigma bedient sich der stichelnden Aufforderung, in der Küstenebene die Lichter zu löschen, würde auf „Judäa und Samaria“ verzichtet. Denn hier und nicht in Ashdod, in Tel Aviv und in Haifa habe die Wiege des jüdischen Volkes gestanden.

³ Gershon Baskin ist Ko-Vorsitzender des „Israel Palestine Centre for Research and Information“ (IPCRI) in Jerusalem.

An die Stelle des Staates Israel („*Medinat Israel*“) soll der Staat der Rabbiner („*Medinat haRabbanim*“) treten. Die hierzulande gern vorgenommene Unterscheidung zwischen religiösen und säkularen Juden trägt nicht; insofern ähneln sich Israel, Ägypten (Sieg der Moslembrüder, Niederlage Amr Moussas) und Jordanien (Aufstieg der Islamischen Aktionsfront unter führender palästinensischer Beteiligung). Rechtsstaat und Demokratie haben vor dem vermeintlich definitiven Gebot Gottes kapituliert. Die nach 1967 aufgewachsenen Generationen kennen keine „Grüne Linie“ und verteidigen im politischen Diskurs und im Militärdienst routiniert den Status quo. Bei einer Meinungsumfrage im Mai 2011 sprachen sich 66 Prozent der erwachsenen Israelis dagegen aus, dass irgendein Teil Jerusalems zu einer künftigen palästinensischen Hauptstadt gehören solle, und 73 Prozent verwahrten sich gegen eine internationale Kontrolle der heiligen Stätten in „Judäa und Samaria“ selbst im Rahmen eines Friedensvertrages.

Damit die Landnahme nicht als Werk von kolonialen Usurpatoren denunziert werden kann, haben israelische Völkerrechtler den Rechtsstandpunkt entwickelt, dass die Kontrolle der palästinensischen Gebiete auf einer Bevollmächtigung beruhe (Teilung Palästinas 1922, arabische Ablehnung des UN-Teilungsplans 1947, Beteiligung Jordaniens am Junikrieg 1967), dem kein anderer Staat einen gleichgewichtigen Titel entgegensetzen könne. Diese Allianz aus höherwertig behaupteter Religionsethik und schöpferischer juristischer Exegese ist im Ausland entweder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder sträflich unterschätzt worden. Wären solche Stimmen in den westlichen Außenämtern angekommen, hätte mit großer Wahrscheinlichkeit im September 2011 eine andere Debatte in der UN-Vollversammlung stattgefunden.

Internationale Endspiele

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich im Wesentlichen mit der rhetorischen Ablehnung des israelischen Regierungshandelns und mit der Rolle als Mäzene von Zuschüssen und Krediten für die Autonomiebehörde (von denen die ägyptischen Nachbarn mit ihren weitaus höheren Armutsraten nur träumen können) begnügt. Diese die politische Dimension des Konflikts ausblendende Entwicklungszusammenarbeit fördert keineswegs gleichsam zwangsläufig den Friedensprozess: Vereidigung des diplomatischen Patt in Kenntnis der militärstrategischen Dominanz hier, Abwehr des als unerträglich bezeichneten Status quo als Ausdruck der Ohnmacht dort. Da der Staat Israel allein als Militärbastion im Nahen Osten nicht überleben würde, wäre die deutsche Staatsräson gut beraten gewesen, gegenüber der Regierung Netanjahus auf den Einsatz diplomatischer Mittel zu dringen.

Die USA hätten, ohne die strategische Allianz mit Israel aufzukündigen, allein durch die Befreiung von steuerlichen Vergünstigungen und durch die stärkere Kontrolle der Finanzströme der Siedlungspolitik einen Riegel vorschieben können. Oder spekulieren Barack Obama und Hillary Clinton auf die territoriale Einheit Palästinas, nachdem in der Nachbarschaft die Integrität Syriens nach der Vertreibung der Assad-Clique ins Wanken geraten könnte, die Zukunft Libanons von Entscheidungen in Damaskus und Teheran abhängt, der Reformprozess in Jordanien stockt und die mühsam ausgehandelte Balance im Irak periodisch von Zerreißproben geschüttelt wird?

Die Europäische Union ihrerseits hätte den EU-Israel Dialog, die Berichte ihrer Missionschefs aus Jerusalem und Ramallah ernst nehmen, die Auszeichnung von israelischen Produkte aus der Westbank flächendeckend erzwingen und die Ablehnung der

israelischen Interventionspolitik in der Westbank und in Ost-Jerusalem mit der Fortentwicklung der kulturellen und wissenschaftlichen Kooperation zu verknüpfen können. In allen europäischen Hauptstädten wäre es als Minimalkonsens angebracht gewesen, den israelischen Missionschef ins Auswärtige Amt einzubestellen, statt sich mit „besorgten“ Kommentaren ein ums andere Mal öffentlich zu Wort zu melden. Und über dem Atlantik schwebt eine Vielzahl von Sondergesandten, die aufgrund der schwerfälligen Abstimmungsmaschinerie manch diplomatischen Leerlauf produzieren.

Versäumnis und Scheitern, Teil 3

Die Staatengemeinschaft, soweit sie dem politischen Westen zuzurechnen ist, und die schwer durchschaubare Gemengelage im UN-Sicherheitsrat haben sich nicht zwischen durchgreifenden Initiativen zugunsten einer Friedensregelung und der Vorstellung entscheiden können, dass die beiden Antipoden aus eigener Kraft einen nationalen Ausgleich finden müssten. Nicht einmal die einstimmig beschlossenen Resolutionen gegen die Annexion Ost-Jerusalems 1980 und der Golanhöhen ein Jahr später haben die israelische Politik beeindruckt. Selbst ein oberflächlicher Vergleich der Ansprachen Obamas im September 2010 und 2011 belegt die eklatante Widersprüchlichkeit zwischen dem Anspruch auf beratende Mitwirkung und der Wirklichkeit leichtfertiger Abstinenz. Der vermeintliche Zwang zur Rücksichtnahme auf das jüdische und nichtjüdische Potential für die Wahl in die zweite Amtsperiode am 04. November 2012 kann nicht aufgehen – ungeachtet der schwer nachvollziehbaren Nachgiebigkeit des Präsidenten gegenüber politischen Erpressungen –, da sich diese „hard core“-Gruppen vom Schlage der AIPC-Sympathisanten und evangelikalen Fundamentalisten von vornherein für Obama verloren sind.

Da die Kabinette in aller Welt im diplomatischen Verkehr generell auf die Regierenden verwiesen sind, haben sie die Pflege der Zusammenarbeit mit den sozialen Friedensgruppen auf beiden Seiten ihren NGO's und – was Bonn und Berlin angeht – den politischen Stiftungen der Parteien überlassen. Dabei sind zwar israelische und palästinensische Intellektuelle und Autoren gewürdigt worden, ohne jedoch hinreichend der schlechterdings zwingenden Frage nachzugehen, welchen Einfluss sie auf ihre Regierungen ausüben. So ist es ausgerechnet im diesem Konflikt dazu gekommen, dass die Palästinenser den Dialog mit ihren israelischen Kollegen weitestgehend aufgekündigt haben, weil diese nicht „geliefert“ haben. Die Europäer stehen wieder einmal mit leeren Händen da, weil sie zwar die Siedlungsaktivitäten akribisch notieren, ohne ihnen entschlossen einen Riegel vorzuschieben.

Auch in Zukunft dürfte sich die Staatengemeinschaft mit Protesten, Demarchen und Gesten des Widerwillens an die Jerusalemer Adresse begnügen. Nur vom Gewicht familiärer Bande, von globalen Verflechtungen israelischer Unternehmen, vom Export der Hochtechnologie, vom wechselseitigen Tourismus und von den bis dato funktionsfähigen Netzwerken der Kulturschaffenden sind Kurskorrekturen zu erwarten. Denn für sie alle ist die biblische Prophezeiung vom „Volk, das allein wohnt“ (Num. 23,9) nicht weniger als ein Fluch, vor dem Yitzhak Rabin in seiner Regierungserklärung 1992 unmissverständlich gewarnt hatte und der ihm drei Jahre später das Leben kostete.

Aus Verzweiflung mehren sich in der israelischen Friedensszene die Stimmen jener, die für einen umfänglichen internationalen Boykott plädieren, um ihren Staat vor der inneren Zerrüttung zu retten. Sie fühlen sich von jenen Regierungen alleingelassen, die sich die Versöhnung zwischen beiden Völkern auf die Fahne geschrieben haben, ohne diesem Anspruch Genüge zu tun. In einem Gastbeitrag für das „Wall Street Journal“ hat der frühere Chef des

Auslandsgeheimdienstes Meir Dagan am 16. Mai 2012 die internationale Gemeinschaft zu harten Sanktionen gegen Iran aufgefordert, um Teherans Nuklearprogramm zu stoppen.
